

SPD-Fraktion

12.03.2021

An:  
Bürgermeister Lars König

ggf . Nummer  
AN12/21

- Antrag gemäß**  
§ 8 Geschäftsordnung (selbständiger Antrag)
- Vorschlag zur Tagesordnung**  
(§ 48 GO iVm § 2 Geschäftsordnung)
- zur Beratung im: MoVe; HFA**
- Anfrage** (§ 10 Geschäftsordnung) zur Stellungnahme

- nachrichtlich
- Bürgermeister  
 Ausschussvorsitzender d.
- SPD - Fraktion  
 CDU - Fraktion  
 Fraktion Bündnis 90/Die  
Grünen  
 Fraktion bürgerforum+  
 Fraktion AfD  
 Fraktion Piraten  
 Fraktion Die Linke  
 Fraktion WBG  
 Fraktion FDP  
 Fraktion StadtKlima  
 Fraktionslose Ratsmitglieder  
 Integrationsrat

Betreff

Dauerhafte Anhebung der Grenze für die freie Vergabe im Tiefbau

**Inhalt** (bei Anträgen gemäß § 47 Abs. 1 oder § 48 Abs. 1 letzter Satz GO ist auch die Dringlichkeit zu begründen)

**Beschlussvorschlag:**

Die Grenze für die freie Vergabe im Tiefbaubereich wird dauerhaft auf maximal 30.000 Euro angehoben.

**Begründung:**

Schnelle und effiziente Vergabeverfahren sind nicht nur in der aktuellen Pandemie für die öffentliche Beschaffung von besonderer Bedeutung. Um ein besseres und zeitgemäßes Arbeiten in der Pandemie zu ermöglichen, ist die Höhe der freien Vergaben z.B. für das Tiefbauamt vorübergehend bereits auf 15.000 Euro erhöht worden.

Damit insbesondere die Straßenschäden, die der Winter angerichtet hat, schneller und effektiver abgearbeitet werden können, sollte die Vergabegrenze für den Tiefbaubereich dauerhaft weiter angehoben werden. Dazu gab es schon in 2016/2017 vielversprechende Gespräche. Zu einer Anhebung ist es aber noch nicht gekommen.

Durch die dauerhafte Erhöhung der Vergabegrenze in diesem Bereich werden zeitraubende bürokratische Verfahren überflüssig. Es besteht die Chance, dass die Verantwortlichen dann mehr Reparaturarbeiten – etwa mit Heißteer - in die Wege leiten können. Der Zustand der maroden Straßen wird sich dann schneller und großflächiger verbessern als das bei den bislang üblichen Vergabeverfahren der Fall wäre. Damit endlich größere Fortschritte in diesem Bereich erzielt werden können, ist die Anhebung der Grenze für die freie Vergabe dringend erforderlich.

gez.  
Dr. Uwe Rath  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Martin Kuhn  
Ratsmitglied